

Politik pocht auf das Wohl aller Bürger

Innsbrucks Regierung sucht das Gespräch mit der neu gegründeten Bürgerinitiativen-Plattform. Das Ganze stehe aber über dem Einzelnen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Auch wenn es um die Teilnahme zweier Flughafen-Initiativen am Mittwoch kurzfristig Verwirrung gab, es bleibt dabei: 14 Innsbrucker Bürgerinitiativen treten als Interessengemeinschaft (IG) „Bürgerinitiativen Innsbruck“ künftig unter einem Dach auf. Sie alle wollen die Stadtpolitik zu einer Schubumkehr in Sachen Bürgerbeteiligung bewegen. Denn damit sind diese Bürger derzeit alles andere als zufrieden.

Die in der Stadtgeschichte bis dato einmalige Fusion beschäftigte die Stadtregierung auch am Rande der gestrigen Gemeinderatssitzung.

Grundsätzlich sehe sie diesen Dachverband positiv, meinte etwa BM Christine Oppitz-Plörer (FI). Dass die Koalition aber über die Bürger „drüberfahre“, lässt sie so nicht stehen: „Man muss auch demokratische Beschlüsse zur Kenntnis nehmen.“ Die Stadtregierung werde, so Oppitz-Plörer, das Gespräch mit der IG suchen. Ein diesbezügliches Einladungsschreiben sei bereits unterwegs.

Auch Grünen-Klubobfrau

Uschi Schwarzl begrüßt die IG-Fusion. Jedoch müsse „Politik auch auf einen Interessenausgleich achten“.

Dass man Projekte mit den Bürgern entwickeln wolle, bejaht StR Franz Gruber (ÖVP). Und dass die „Infopolitik zu einzelnen Projekten verbesserungswürdig“ sei, sei unbestritten. Jedoch gebe es Herausforderungen (Bsp. Flüchtlinge), wo die Politik „gezwungen ist zu handeln“. Mit der IG werde man sich auseinandersetzen müssen.

Dass sich Bürger für ihre „Primär-Interessen“ einsetzen würden, sei legitim, sagt SPÖ-Klubobmann Arno Grünbacher: „Aber es ist auch legitim, dass die Politik das Gesamtwohl über die Individualinteressen stellt.“ Dieses Spannungsfeld wolle auch die SPÖ über Bürgerbeteiligung geregelt wissen – diese müsse aber „genauen Regeln unterworfen werden“. Gegen den IG-Vorwurf des systematischen „Drüberfahrens“ verwehrt sich auch Grünbacher: „Politik muss gestalten. Dabei passieren Fehler. Das heißt aber nicht, dass mehrheitliche Beschlüsse ständig zu hinterfragen sind.“